



# Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 64), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang. Omaha, Nebr., Samstag, den 14. Februar 1920. 8 Seiten—No. 283

## Wilson graut Lansing aus seinem Amt

### Lansing wird von Wilson beschuldigt, sich Autorität angemessen zu haben, die nur ihm allein zustehet; Resignation die Folge.

### Zwischen Beiden gährte es schon geraume Zeit.

Washington, 14. Febr.—Staatssekretär Robert Lansing ist am Freitag von seinem Amt zurückgetreten, nachdem ihn der Präsident der Annahme präsidialer Befugnisse, wie des Annehmens von Kabinettsmitgliedern, beschuldigt hatte. Lansing erklärte, daß er durch das Einberufen des Kabinetts während der Krankheit des Präsidenten die Befugnisse des Präsidenten weder gesucht noch sich absichtlich angeeignet habe. Er habe damals in dem Glauben gehandelt und sei noch jetzt der Überzeugung, daß die Kabinettsmitglieder „zum Besten der Republik“ gewesen wären, „daß sie „natürlich und notwendig“ gewesen wären, weil der Präsident erkrankt war, und daß er als Staatssekretär seine Pflicht vernachlässigt haben würde, wenn er anders gehandelt haben würde.

So wie die Sachen stehen, hat Lansing sein Entlassungsgesuch eingereicht und Wilson hat es angenommen. Das Gesuch wurde jedoch erst übergeben, nachdem der Präsident sich in einer scharfen Note vom 7. Februar erkundigt hatte, ob etwas Wahres an den Berichten sei, daß Lansing das Kabinett zu wiederholten Malen zusammengerufen hätte, sollte dies der Fall gewesen sein, so hätte der Präsident zu der Erklärung sich gezwungen, daß „unter unserem Verfassungsgesetz und unterer Sitte der Präsident allein das Recht habe, die Spitzen der verschiedenen Departements zu einer Konferenz zu berufen.“

Lansing antwortete zwei Tage später, am letzten Montag, durch die Erklärung, daß er und die übrigen Departementschefs „fühlten, daß es angebracht sei, die Angelegenheiten der Zukunft mit Ihnen zu besprechen, um die Angelegenheiten der Zukunft besser zu verstehen, über Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, unangenehm zu konferieren, bis Ihre ärztlichen Ratgeber Ihnen gefaßteten, sie zu genehmigen.“

Der Staatssekretär schloß mit dem Anerkennen, daß er den Präsidenten, falls er an seiner „Ergebenheit“ zweifle und nicht länger vertrauen in ihn setzen könne, durch Einreichung seines Entlassungsgesuches seiner Verlegenheit befreien wolle.

„Mittelt auf Verlangen.“ Der Präsident erwiderte am letzten Mittwoch, daß er „sehr enttäuscht“ sei durch den Brief Lanings über die sogenannten Kabinettsmitglieder. Er sagte, daß er in der Erklärung Lanings nichts finden könne, welches die Annahme präsidialer Gewalt in solchen Sachen rechtfertigt und fügte hinzu, daß er „von Ihrem freundlichen Anerkennen des Rücktritts freien Gebrauch machen müsse.“

„Ich muß sagen“, fuhr der Präsident fort, „daß es mich aus der Verlegenheit befreien würde, Herr Sekretär, Ihr Widerstreben und Ihr abweichendes Urteil zu empfinden, wenn Sie Ihr gegenwärtiges Amt ausgeben und mir Gelegenheiten geben, dessen Geist williger mit dem meinen ginge.“

Die dieser Brief geschriebenen wurde, war die Zeit für die gewöhnliche Kabinettsitzung vergangen, und diese Aussage aus der Korrespondenz zeigte klar, weshalb sie nicht stattfand. An denselben Tage, als er den ersten Brief des Präsidenten erhielt, machte Lansing bekannt, daß er den übrigen Kabinettsmitgliedern geschrieben habe, daß er keine mitzuteilenden Sitzungen annehmen würde, ohne jedoch seine Gründe anzugeben. Eine Nachfrage im Weissen Hause brachte nur die Andeutung, daß Wilson selbst wahrscheinlich die nächste Sitzung einberufen und in derselben den Vorsitz führen werde.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Präsidenten und seinem Staatssekretär liegen viel weiter zurück, als die erste Einberufung des Kabinetts durch Lansing am 5. Oktober 1919, eine Woche nach der Erkrankung des Präsidenten. Sie begannen, wie Lansing in seinem

## Deutschland u. Holland erhalten Zuschriften

### Holland wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Ex-Kaiser außer Landes müsse.

London, 14. Febr.—Der Rat der Botschafter hat gestern Abend eine Note an Holland abgeschickt und eine weitere an die deutsche Regierung. In dem Schreiben an Holland wird geltend gemacht, daß es im Interesse der holländischen Regierung liege und es für den europäischen Frieden vorteilhaft sei, wenn der Ex-Kaiser nicht in Holland verweile. In der Note an Deutschland besagt man sich mit der Weigerung der deutschen Regierung, die Kriegsverbrechen auszuliefern und die Weisheit, die Schuldigen vor das Reichsgericht zu stellen.

## Sitzungen Wausch des Kabinetts.

Als das Kabinett am 5. Oktober zusammentrat, leitete der Privatsekretär des Präsidenten, J. B. Mumult, in einer formellen Erklärung die Gründe für diese Beschlüsse an. Er sagte: Das Kabinett wurde zusammenberufen, um über Fragen zu entscheiden, die mehr als ein Departement betrafen, und um über die industrielle Frage zu beraten. Dr. Grayson, der Arzt des Präsidenten, sagte Mumult, „habe unterlegt, den Präsidenten mit anderen als den allerwichtigsten Angelegenheiten zu belästigen.“ Von da an haben die Sitzungen mehr oder weniger regelmäßig stattgefunden. Während des Kohlenstreiks kam das Kabinett zweimal wöchentlich zusammen und vor mehreren Wochen wurden regelmäßige Sitzungen für Dienstags und Freitags anberaumt.

Während der Verhandlungen über den Kohlenstreik wurde der Präsident nach Erklärungen vom Weissen Haus über den Fortschritt, den seine Ratgeber hinsichtlich der Beilegung des Streiks machten, unterrichtet gehalten, bis er schließlich die Verhandlungen dem Kabinett entzog und mit den Bergeleuten ein Übereinkommen traf.

## Einigkeit begann in Paris.

In seinem letzten Schreiben an den Präsidenten, das sein Entlassungsgesuch enthält, sagt Lansing, daß er „bei dieser Trennung unserer amtlichen Verbindung“ sich verpflichtet fühlt, eine Erklärung zu veröffentlichen, die die Äußerung ausgearbeitet habe, und welche zeigt, daß er sich dessen bewußt gewesen, daß die Fortsetzung unserer Beziehungen unmöglich sind und daß es seine Pflicht sei, diese „in dem ersten Augenblicke an dem das öffentliche Interesse dies gebietet“, zu beenden. „Seit Januar 1919“, fuhr Lansing fort, „ist mir die Last der Verantwortung für die Angelegenheiten in allgemeinen bezogen.“ Er fügte hinzu, daß er, wenn er seiner Überzeugung allein gefolgt wäre, sein Entlassungsgesuch in Paris eingereicht haben würde, aber er dies nur unterlassen habe, „um Ihnen bei der Lösung der großen Aufgabe, die Sie damals beauftragte, keine Verlegenheit zu bereiten.“ Lansing erklärt, daß durch die häufige Verantwortung seiner Ratgeber „überreicht und enttäuscht“ geworden sei, aber trotzdem die Entscheidungen des Präsidenten stets ausgeführt habe, „wie sehr auch dadurch die Leistung unserer auswärtigen Angelegenheiten erschwert wurde.“

Lansing begleitete den Präsidenten als einer der amerikanischen Friedensdelegierten im Dezember 1918 nach Paris, aber seine Freunde haben behauptet, daß er dort, während der Verhandlungen an den Verhandlungen teilnahm, ohne alle Autorität gewesen sei, was er umso stärker fühlen mußte, da die anderen alliierten und assoziierten Mächte durch ihre Premierminister und nicht durch ihre Staatsoberhäupter vertreten wurden.

Durch diese Korrespondenz werden die Auslagen, die von W. C. Bullitt vor einiger Zeit vor dem Senatskomitee abgegeben wurden, bestätigt, in denen er erklärte, daß Lansing ihm seine Gegnerschaft gegen die Ratifizierung des Vertrages und der Völkerliga an demselben Tage mitteilte, als Bullitt aus demselben Grund zurücktrat.

Während verschiedene Kabinettsmitglieder den Präsidenten während seiner Krankheit gelassen haben, wird berichtet, daß Lansing den Präsidenten seit seiner Erkrankung nicht gesehen habe, und daß alle notwendigen Geschäfte auf schriftlichem Wege erledigt worden wären.

Das amliche Washington ist augenscheinlich über die Resignation Lanings verwirrt. Seit dem jetzt berühmten Rücktritt Bryan am Vorabend der Landtagswahl des Präsidenten, hat kein Bruch in der amtlichen Familien des Präsidenten festgestellt werden. Die Meinung ist vorherrschend, daß das Mißverhältnis der höchsten Beamten sich nur auf Lansing beschränkt. In politischen Kreisen wird darauf verwiesen, daß Wilson durch die nachträgliche Mitteilung der Kabinettsitzungen während seiner Krankheit die Verantwortlichkeit für den in diesen Sitzungen beschlossenen Einheitsbescheid gegen die Kohlenarbeiter von sich abwenden wollte, da dieses Vorgehen gegen die Bergeleute sehr böses Blut gemacht habe.

## Dampfer-Passagiere die reinen Kneip-Genies

### Die letzte Flasche an Bord der Rantania wird bis auf die Nagelprobe geleert.

Southampton, 14. Febr.—Ogleich der Dampfer Rantania einen ungeheuren Vorrat von Spirituosen an Bord hatte, waren dieselben bei seinem hiesigen Eintreffen alle aufgebraucht. Von dem Augenblick an, als der Dampfer die amerikanische Dreimeilenzone verließ, war die „Bar“ des Schiffes von durstigen Passagieren förmlich belagert. Wie die Stenards des Dampfers erklären, muß in Zukunft mehr Raum für Aufstellung der Spirituosen beschafft werden.

## Verfassungs-Konvent in der Sprechfrage gerecht und liberal

Lincoln, Nebr., 14. Febr.—Die Verfassungskonvention hat Freitag morgen durch einen Beschluß gezeigt, daß sie in der vielbesprochenen Sprechfrage gerecht und liberal ist. Der Delegat Anderson von Lincoln hatte eine Vorlage eingereicht, welche lautete: „Die englische Sprache ist hiermit als die amtliche Sprache dieses Staates bezeichnet, und alle amtlichen Verhandlungen, Urkunden und Veröffentlichungen sollen in dieser Sprache ausgeführt werden; und die Elementarschulbücher sollen in dieser Sprache geleert werden und in öffentlichen, privaten, denominationalen und Parochialschulen.“

Die Vorlage Andersons wurde mit 28 gegen 65 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten: Anderson, Dealer, Bryant, Cleve, Cornell, Co-rothers, Elwood, Evans, Hauguet, Kernan, Kere, Sewell, Kieff, Keefer, Marbin, Osborne, Peterson, Piger, Pugsley, Rode, Rankin, Rhoades, Rob, Selck, Sidner, Stewart, Strong.

Dagegen: Albert, Alder, Bigelow, Bratton, Butler, Byron, Connel, Copan, Donahue, Douglas Co.; Donahue, Holt Co.; Caperton, Glanburg, Gruber, Hestek, Hoffings, Sealin, Higgins, Holbrook, Howard, Jackson, Johnson, Junkin, Keener, Kunz, Rabner, Randgren, Lehman, Lewis, Lute, Mallick, Matzison, McJerte, McDonald, Norman, Norton, Norval, Rye, Diefion, Pollock, Price, Rodman, Saunders, Scott, Sears, Spillman, Spirt, Sprit, Stebbins, Stollen, Sugrue, Svoboda, Taylor, Teboel, Thielens, Tyler, Whitson, Warner, Watava, Wall, Wilde, Wilson, Dames Co.; Wilson, Douglas Co.; Wittje, Weaver.

Andersons Vorlage war ein Versuch, das Siman-Gesetz in der Verfassung aufzunehmen. Die Verfassungskonvention hat sich in ihrer Abstimmung an den Standpunkt des Obergerichts gehalten, das dem Siman-Gesetz beifolgt eine liberale Auslegung gegeben hat.

Die Abstimmung der Verfassungskonvention muß für jeden freisprechenden Mann eine wahre Erleichterung bilden. Alle Ehren den wackeren Männern dieser Versammlung.

## Hoover Klub gegründet.

Railo Alto, Cal., 14. Febr.—Hier ist ein aus Republikanern bestehender Hoover Klub gegründet worden.

## Neuer Bahnpräsident.

New York, 14. Febr.—J. M. Fern ist zum Präsidenten der Frisco-Bahn ernannt worden.

## Dampfermagnet gestorben.

Elizabeth, N. J., 14. Febr.—Archiebal G. Hull, Besitzer zahlreicher Dampfer, ist hier im Alter von 73 Jahren gestorben.

## Ganze Stadt eingekerkert.

Mitchell, S. D., 14. Febr.—Zum dritten Mal innerhalb vier Jahren ist das Städtchen Fulton von einem verheerenden Feuer heimgesucht worden. Infolge des herrschenden starken Windes vordemochte man dem Willen der Flammen erst nach Ablauf mehrerer Stunden Einhalt zu tun.

## Mehr Polizei für Los Angeles.

Los Angeles, Cal., 14. Febr.—Mayor Smber hat an den Gemeinderat die Bürgerwehr appelliert und um Beiträge erucht, um 300 weitere Polizisten anstellen zu können. Der Stadtrat ist gegenwärtig leer, um die Gehälter von neuen Polizisten bezahlen zu können.

## Eisenbahner verhandeln mit dem Präsidenten

### Ihr Verlangen nach Lohnerhöhung kann zur Zeit nicht voll bewilligt werden.

Washington, 14. Febr.—Man erwartet, daß Präsident Wilson heute seinen Vorschlag für eine Beilegung der Lohnkontroverse der Eisenbahner veröffentlichen wird. Ein Schreiben der Verbandsvorstände, das in einer den ganzen Tag dauernden Sitzung gestern entworfen wurde, war heute früh zur Einlieferung an das Weisse Haus fertig, und wird gleichzeitig mit dem Bescheid des Präsidenten an die Eisenbahner veröffentlicht werden. Aus diesen beiden Schriftstücken soll hervorgehen, daß die Streitfrage momentan vorbei ist.

Obgleich aus den Arbeiterkreisen nichts über die von dem Präsidenten vorgeschlagenen Maßnahmen verlautet, will man mit Bestimmtheit wissen, daß er es völlig klar gemacht hat, daß augenblicklich die Eisenbahnverwaltung nicht die verlangte Lohnerhöhung von 40 Prozent gewähren könne.

Der Präsident entwarf den Vertretern der Arbeiter einen Plan, „nach welchem sie ihre Lage in der Zukunft zu verbessern hoffen“ könnten. Vom Generaldirektor Sines wird eine Bekanntmachung erwartet, die sich mit dem angebotenen Streik der Werkstätten- und Streckenarbeiter beschäftigt, die am Dienstag in den Ausstand treten wollen. Sines wird die Arbeiter des Kontraktbuchs bezeugen, da der Kontrakt zwischen der Regierung und den Wahrnehmern eine 30tägige Kündigungsfrist vorsehe. Diese Kündigung ist nicht von Seiten der Arbeiter erfolgt. Die Verbände behaupten, daß der Kontrakt sich nur auf die Arbeitsbedingungen, nicht auf den Lohn beziehe.

## Prohibitions-Gegner organisieren sich

Washington, 14. Febr.—Gegner der Prohibition organisieren sich jetzt, um es durchzusetzen; daß sowohl die Demokraten als auch die Republikaner in ihre Plattformen Klauseln aufnehmen, in welchen sie sich verpflichten, für die Abänderung des Durchführungsgesetzes zur Prohibition einzutreten, und machen alle Anstrengungen, um solche Mitglieder in den Kongress zu erwählen, welche der Herstellung leichter Weine und Bier freundlich gegenüberstehen. Die Bewegung, welche in beiden Parteien eingeführt hat, wird darauf bestehen, daß die persönliche Freiheit und die Rechte der Staaten wieder hergestellt werden.

## Prohibition macht Elend noch schlimmer

London, 14. Febr.—Stanzler Chamberlain erklärte im Parlament, eine der Ursachen der Teuerung sei in dem Zuckermangel zu suchen. Denn, so sagte, durch die Prohibition in Amerika werden jetzt bedeutende Mengen mehr Zucker verbraucht. „Um das Elend in der Welt noch zu vergrößern“, sagte er, „ist in Amerika die Prohibition eingeführt worden.“

## Premiers stellen Jugoslawia Ultimatum

London, 14. Febr.—Der Rat der Premiers hat nach Beipredung der adriatischen Frage ein Ultimatum an Jugoslawia aufgestellt. Das wahrscheinlich heute noch dem jugoslawischen Vertreter Trumbitsch übergeben werden wird. In der Note wird verlangt, daß die Streitfragen sofort beizulegen sind. Die Beschwörer Frankreichs, daß Deutschland nicht genug Kohle an Frankreich liefere, wurde an das Schicksal zurückverwiesen.

## Auch ein Grund.

Chicago, 14. Febr.—Die 61 Jahre alte Frau Frances Königsberger kann ohne ihr Bier nicht leben und sie hat daher beschlossen, diesen von der Prohibition heimgesuchten Lande ihren Rücken zu kehren und in Schottland ihr Heim aufzuschlagen. Da sie dort Bier in Massen bekommen kann. Diesen Grund gab sie an, als sie die Bundesbehörden um einen Paß ersuchte. „Sie können einem alten Hund nicht neue Tricks lehren“, sagte sie zu den Beamten.

## Hitchcock kommt mit zwei Vorschlägen

### Beide wurden von der Zweiparteien-Konferenz bereits abgelehnt; Senator Lodge wird ihm binnen Kurzem Antwort erteilen.

### Lansing's Rücktritt mag ausgeschlachtet werden.

Washington, 14. Febr.—Senator Hitchcock unterbreitete den Republikanern zwei abgeänderte Entwürfe zu den Einwänden auf Artikel 10 des Friedensvertrags mit dem Vernehmen, daß 40 Demokraten den einen oder den anderen Entwurf unterstützen würden, sollten sich die Republikaner mit der Abänderung einverstanden erklären. Da diese Vorschläge aber bereits in der Zweiparteienkonferenz zur Sprache gekommen sind und von den Republikanern abgelehnt wurden, so ist wohl wenig Hoffnung vorhanden, daß ein Kompromiß zustande kommen wird. Die Republikaner indessen haben mit einer Antwort geögert, sie wollen die Lage der Dinge heute noch einmal prüfen und die ganze Angelegenheit in einem Kaufus zu Sprache bringen. Einen dieser Vorschläge hatte der Präsident als „in der Form als sehr unglücklich“ bezeichnet. Hitchcock selbst hatte diesen Vorschlag ausgearbeitet und der Zweiparteienkonferenz vorgelegt. Den anderen hat Sen. Laft zustande gebracht; als derselbe in der Zweiparteienkonferenz zur Sprache kam, wurde er von Lodge abgelehnt.

Die von Hitchcock unterbreiteten Vorschläge waren von 28 Demokraten unterzeichnet worden. Hitchcock sagte, daß diese Demokraten die Ansichten ihrer Kollegen vertreten. Wenigstens ein Dutzend weitere würden diesen Schritt gutheißen. Einer dieser Vorschläge lautet: „Die Ver-

frankreich für Einwände. Paris, 14. Febr.—Ein amerikanischer Korrespondent ist in der Lage, nach Mitteilung der höchsten französischen Behörde zu erklären, daß die französische Regierung die Einwände und Forderungen des Senators Lodge zu dem Friedensvertrag annehme. Die Regierung Frankreichs wünscht um jeden Preis, daß die Ver. Staaten den Friedensvertrag ratifizieren und dadurch Mitglied der Völkerliga werden.“

## Frankreich kauft in Amerika sehr wenig

Paris, 14. Febr.—Der Präsident der hiesigen amerikanischen Handelskammer, Richter Walter R. B. Berry, erklärte hier, Frankreich habe aufgehört, amerikanische Waren zu kaufen. Er macht dafür die gegenwärtige niedrige Valuta verantwortlich, die eine Erhöhung von dreihundert Prozent darstellt. Vor dem Kriege kaufte Frankreich bedeutend mehr von Amerika, als dieses von ihm. Es wird wahrscheinlich noch sehr lange dauern, ehe dieser Handel seinen alten Höhepunkt wieder erreichen wird. Man würde in hiesigen Kreisen gar nicht überrascht sein, wenn es fünfzigjährige Jahre und länger dauern würde, und in der Zwischenzeit muß sich Frankreich einschränken, was kaufen wo es nur kann, und muß seine Produktion ganz beträchtlich erhöhen. Die Erwerbung von Elfaß-Lothringen wird Frankreich dabei helfen. So verkaufte es aus der Gegend von Mühlhausen im Dezember allein Potasche im Werte von 90.000 Dollar an die Vereinigten Staaten, im Januar dagegen belief sich der Verkauf von Potasche auf 990.000 Franken. Die französische Regierung hat Maschinen und andere Ausrüstungsgegenstände von Amerika gekauft, um dadurch die Bergwerke produktiver gestalten zu können. Trozdem erwartet man allgemein, daß die nächsten beiden Jahre eine äußerst kritische Periode für Frankreich sein werden. Das einzige, was Frankreich von Amerika jetzt kauft, sind Rohmaterialien, Oel, Zucker, Kohlen, Weizen, Baumwolle und Tabak.

Vereyn ist der Ansicht, daß es, ehe Frankreich ein Budget aufstellen kann, unbedingt notwendig ist, daß Amerika ihm einen nicht zu kleinen Kredit gewährt, damit es sich über diese kritische Periode hinwegsetzen kann.

## Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Schön und etwas wärmer heute abend. Sonntag schön und wärmer. Für Nebraska — Allgemein schön, mit steigender Temperatur heute abend und Sonntag. Für Iowa — Schön heute abend und Sonntag. Fortgesetzt kalt und gefolgt von steigender Temperatur Sonntag und im westlichen Teil spät heute abend.

Staaten fühlen sich nicht verpflichtet, Land- und Seestreitkräfte oder einen Handelsboykott anzunehmen, um die Gebietsverletzung oder Unabhängigkeit irgend einer Nation unter den Bestimmungen des Artikels 10 des Friedensvertrags aufrecht zu halten; dem Kongress allein ist es vorbehalten, Krieg zu erklären.“

Laft's Vorschlag lautet: „Die Ver. Staaten lehnen es ab, irgendwelche Verpflichtungen zu übernehmen, um Integrität und Unabhängigkeit irgend eines anderen Landes zu schützen. Inzwischen ist es dem Kongress, der über Krieg zu entscheiden hat, vorbehalten, entsprechende Maßnahmen gegebenen Falls zu treffen.“

Republikanische Senatoren sagen, es wird sich binnen wenigen Tagen herausstellen, ob man sich hinsichtlich der Einwände auf Artikel 10 einig wird. Man glaubt nicht, daß die Resignation Lanings von irgendwelcher Wirkung auf die Verhandlungen sein wird, sicher aber ist, daß die „Unpersönlichkeit“ berufen werden, politisches Kapital daraus zu schlagen.

## Maeterlinck's Seele lechzt nach Wein

Chicago, 14. Febr.—Maeterlinck weid Frau Trafen gestern auf dem Salonwagen „Mahlstrom“, der gewöhnlich den Präsidenten auf deren Reisen benutzt wird, hier ein. Ihm zu Ehren fand mehrere Festlichkeiten geplant worden. „Schiffahrten“, feierte der Dramaturg, „was ist eine Festlichkeit — eine Rede und eine Karaffe Wasser. Eines Tages, wenn Amerika nicht mehr so naiv sein wird, dann wird es zur Einsticht kommen, daß Wein für die Seele nötig ist.“

## Völkerliga beruft Finanz-Konferenz ein

London, 14. Febr.—Gestern nachmittag beschloß der Rat der Völkerliga, eine internationale Finanzkonferenz einzuberufen, um sich mit der finanziellen Krise der Welt zu befassen und Abhilfsmittel zu erfinden. Die Konferenz wird sobald wie möglich einberufen werden.

## Reisen der Zeit.

Washington, 14. Febr.—Am 16 und 17. Februar wird in New York eine Konferenz abgehalten werden, in welcher über die Vorzüge für uneheliche Kinder verhandelt werden wird. An der Konferenz werden hervorragende Richter, Philantropen und andere Leute teilnehmen, ferner Beamte vom Kinderbüro des Arbeits-Departments, das die Sitzungen einberufen hat. Nach der vom Büro aufgenommenen Statistik werden in den Ver. Staaten jedes Jahr 32.000 außereheliche weiße Kinder geboren, wovon kaum 70 Prozent das erste Jahr überleben.